

Republik Österreich

~~Republik Österreich~~  
 Dr. Johannes Ditz  
 Wirtschaftsminister

Wien, am 3. August 1995  
 GZ: 10.101/237-Pr/10a/95

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
 1017 W i e n

**XIX. GP-NR**

1290

/AB

1995-08-03

zu

1241

/B

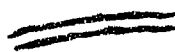
In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1241/J betreffend Schaffung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten, welche die Abgeordneten Gradwohl und GenossInnen am 2. Juni 1995 an mich richteten, stelle ich folgendes fest:

Die moderne Ausbildungspsychologie ist darauf ausgerichtet, daß der Lehrling von Anfang an in das betriebliche Geschehen eingebunden wird und er die beruflichen Fertigkeiten und Kenntnisse direkt bei der Mitwirkung an den betrieblichen Aufgaben erwirbt (learning by doing). Die moderne Ausbildung erfolgt also unmittelbar am Arbeitsplatz und ist in das reale (nicht simulierte) Erleben des beruflichen Geschehens integriert.

Neue Technologien durch überbetriebliche Lehrwerkstätten zu fördern, ist dann ein Element zukunftsorientierter Berufsausbildung, wenn die Benützung regionaler Ausbildungsstätten mit den betroffenen Betrieben der Branche abgestimmt und in ein zukunftsorientiertes Ausbildungskonzept integriert ist.



Republik Österreich

Dr. Johannes Ditz  
Wirtschaftsminister

- 3 -

der profitierenden Betriebe und/oder der regionalen Kammern der gewerblichen Wirtschaft gegeben sein.

Eine generelle Möglichkeit der Abgeltung der Mehrkosten besteht auch deswegen nicht, da dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten kein eigener Budgetansatz für den Bereich der betrieblichen Ausbildung zugewiesen ist. Daß öffentlich geförderte Lehrwerkstätten generell über den Bedarf des betreffenden Betriebes hinaus ausbilden, erscheint nicht zielführend. Es kann nämlich grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß die Betriebe nur so viele Lehrlinge ausbilden, wie benötigt werden. Eine über den Bedarf hinausgehende Ausbildung durch öffentlich geförderte Lehrwerkstätten könnte also zu einem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage an Fachkräften in den einzelnen Branchen führen.

Punkt 4 der Anfrage:

Was halten Sie von der Einführung eines Ausbildungsfonds, der aus Mitteln von jenen Betrieben finanziert wird, die keine Ausbildung durchführen?

Antwort:

Die Einführung eines Ausbildungsfonds würde zu erheblicher zusätzlicher Bürokratie führen. Die Lehrlingsausbildung muß für die Betriebe wieder per se attraktiv werden, dann wird auch wieder die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ansteigen.

Zur Frage der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ist allgemein noch anzumerken, daß eine wesentliche Ursache für den Rückgang der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe in den in den letzten Jahren erfolgten Berufsschulzeitausweitungen zu suchen ist. Darüber hat mein Vorgänger im Berufsausbildungsbericht 1993 den Nationalrat ausführlich informiert.

